



Foto: -jhs-/wikimedia commons

Am 17. November ist Volkstrauertag: Denkmal in der „Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“, der Neuen Wache in Berlin.

Innehalten, der Opfer gedenken

Am jährlichen Volkstrauertag gedenken die Menschen in Deutschland der Toten, Verwundeten und Verfolgten zweier katastrophaler Weltkriege sowie der Opfer von Nationalsozialismus und Gewaltherrschaft. Die zentrale Gedenkstätte findet traditionell im Bundestag statt.

Auch die SoVD-Mitglieder erinnern mit Kranzniederle-

gungen oder anderen Veranstaltungen in den Kreis- und Ortsverbänden an die Opfer von Krieg und Vertreibung. Für den SoVD ist dieser „stille Tag“ besonders. Das folgt schon aus dem Ursprungsgedanken des Verbandes: 1917 als „Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten“ gegründet, wollte er damals vor allem Versorgungsansprüche der Opfer und

Hinterbliebenen des Ersten Weltkrieges durchsetzen.

Seit 1952 gibt es den staatlichen Feiertag in dieser Form, immer zwei Wochen vor dem ersten Advent. Er entstand zum Gedenken an die Kriegstoten. Inzwischen erinnert der Volkstrauertag darüber hinaus an alle Opfer von Terror, Gewaltbereitschaft und -herrschaft in allen Nationen.

Am 9. November 1989 öffnete der Einsatz der Zivilgesellschaft die Grenze

30 Jahre Mauerfall – ohne Gewalt

Der Zweite Weltkrieg führte neben zahllosen anderen Schrecken auch zur jahrzehntelangen deutschen Teilung in Ost und West nach Kriegsende. Nun jährt sich die „friedliche Revolution“ in der ehemaligen DDR zum 30. Mal: Sie bewirkte am 9. November 1989, dass die Mauer fiel.

Den SoVD selbst betraf die Teilung direkt. Während der Zeit der ehemaligen DDR gab es ihn nur in der alten Bundesrepublik. Mit der Wende kam ein struktureller Neuaufbau. Auch aus seiner Tradition heraus tritt der Verband entschieden gegen Krieg und Gewalt, für Frieden und Zusammenhalt ein. Daher erinnert er zum 30-jährigen Jubiläum des Mauerfalls besonders daran, dass 1989 die Menschen völlig gewaltlos gegen die

SED-Diktatur demonstrierten, was den Umbruch und die Einheit ermöglichte.

Die deutsche Teilung von 1945 bis 1989 – oder bis zur Wiedervereinigung 1990 – war eine verhandelte Kriegsfolge. So wirkte sich nicht nur der Zweite Weltkrieg auf Millionen Menschen aus, sondern auch der „Kalte Krieg“ der Systeme in der Nachkriegszeit. Am Ende erreichte nicht die Politik die Öffnung der innerdeut-

lichen Grenze. Das schaffte eine engagierte, solidarische und friedliche Zivilgesellschaft.

Nicht zu vergessen ist beim Feiern allerdings, dass auf den 9. November gleich mehrere historische Ereignisse in Deutschland fallen. Alle gelten als politische Wendepunkte – nicht in jedem Fall positive.

So öffnete sich am 9. November nicht nur 1989 die Mauer. 1938 markierte das Datum den Beginn der Novemberpogrome gegen Juden; kein stolzer Tag in der deutschen Geschichte. 1918 wiederum endete an jenem Termin die Monarchie, das Land versuchte sich erstmals in Demokratie – die Weimarer Republik wurde ausgerufen. 1923 scheiterte der Hitlerputsch, mit dem die Nationalsozialisten erstmals an die Macht wollten.

Umso mehr gilt es aus SoVD-Sicht zu unterstreichen, wie wichtig Zusammenhalt, Frieden, Teilhabe für alle und eine starke Gemeinschaft sind. Auch bleibt nach 30 Jahren viel zu tun für gleiche Lebensverhältnisse. Etwa sind Löhne und Renten in Ost und West immer noch nicht ganz angepasst. *ele*



Foto: Wolfgang Kumm/picture-alliance/dpa

Von Leipzig bis Ostberlin demonstrierten Tausende Menschen im Herbst 1989 friedlich gegen das DDR-Regime und für Freiheit.

SoVD tritt historischer Arbeitsgemeinschaft bei

SoVD ist ein „Ort der Demokratiegeschichte“

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) ist der Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“ beigetreten. „Wir begrüßen ausdrücklich das Ziel, identitätsstiftende Erinnerungsarbeit zu fördern und damit einen aktiven Beitrag zum Erhalt unserer Demokratie zu leisten“, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Diesen Zielen fühle sich Deutschlands ursprünglicher Sozialverband seit seiner Gründung verpflichtet. „Unser Standort, das SoVD-Haus am Berliner Rolandufer, ist tatsächlich seit nahezu 100 Jahren ein Ort der Demokratie. Von hier gingen bereits zu Beginn der Weimarer Republik entscheidende Impulse zur Verteidigung der Republik und für einen modernen Sozialstaat aus“, betont Bauer.

Die Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“ hat sich 2017 in Berlin gegründet. Sie vereint nahezu 50 Organisationen, die einen weiten Themenbogen von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart repräsentieren. Ziel des Zusammenschlusses ist es, die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern.

Im Bündnis mit weiteren Gleichgesinnten gründete Erich Kuttner am 23. Mai 1917 den republikanischen Reichsbund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten. Vom Anfang bis zum Ende der Republik von Weimar war die Organisation ein treuer Verfechter der Demokratie und zeigte engen Schulterschluss mit den Kräften, die auf der Seite der Republik standen. Vor dem Hintergrund der immer stärker aufkeimenden politischen Auseinandersetzungen zeigte der Sozialverband Flagge.

Die historischen Erfahrungen seit 1917 – zwei Weltkriege, Unterdrückung und die NS-Diktatur – haben gezeigt, dass soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden einander bedingen. Daher setzt sich der Sozialverband SoVD seit 100 Jahren erfolgreich zugunsten sozial Benachteiligter für diese Werte ein.



Foto: Matthias Herrndorff; Montage: SoVD

Die Bundesgeschäftsstelle des SoVD steht auf historischem Boden. Schon in der Weimarer Republik saß hier der Reichsbund.

Anschlag am jüdischen Versöhnungstag in Halle

Gegen Hass und Hetze

Der SoVD reagiert betroffen auf die Ereignisse in Halle am 9. Oktober. Adolf Bauer sprach den Angehörigen sein Mitgefühl aus und rief zum zivilgesellschaftlichen Engagement auf.

„Unsere Gedanken und unser tiefes Mitgefühl sind bei den Familien der Opfer. Dieser Angriff galt uns allen“, sagte Adolf Bauer und mahnte Konsequenzen an. „Offenbar konnte nur eine solide Synagogentür den geplanten Massenmord verhindern. Das ist erbärmlich.“ Die Politik dürfe jetzt nicht nur bessere Schutzmaßnahmen fordern, sondern müsse handeln, um maximale Sicherheit zu gewährleisten. Neben wirksamen Sicherheitskonzepten müsse die Zivilgesellschaft Flagge zeigen. Es sei wichtig, Hetze und Menschenverachtung in der Gesellschaft und im Internet zu bekämpfen, betonte Bauer. Auch der SoVD wolle sein Engagement verstärken, um zur Verteidigung der Demokratie beizutragen.